

Projekt „200 nach Marburg“ unterstützen! Miteinander-Kultur stärken! Bündnis 90/Die Grünen und die Linke scheitern im Kreistag.

Zwei Anträge – eine Zielrichtung

Mit Flüchtlingspolitik befasste sich der Kreistag Marburg-Biedenkopf in seiner Sitzung am 15. Februar 2019. Bündnis 90/Die Grünen und die Linke hatten Anträge eingereicht. Beiden Fraktionen ging es um Unterstützung des Projekts „200 nach Marburg!“ Bis zu 200 geflüchtete Menschen sollen über die von der Bundesregierung zugestandene und faktisch noch nicht einmal erreichte Obergrenze hinaus in unserer Region aufgenommen werden. Die Universitätsstadt Marburg hat bereits Zustimmung signalisiert. Der ursprüngliche Antrag kam von den Linken. Nach der Diskussion im zuständigen Ausschuss hatten die Grünen noch einen Änderungsantrag eingebracht, der stärker auf den Begriff der Miteinander-Kultur Bezug nahm. Unter dieses Leitmotiv stellt Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow seit Jahren die Politik des Kreisausschusses.

Unterschiede in der Formulierung egal – beide Anträge abgelehnt

Die Bemühungen um ausgefeilte Formulierungen hätten sich beide Fraktionen auch sparen können. Die Fronten waren klar. Für die Anträge stimmten jeweils Grüne, Linke und der Abgeordnete der Piraten. Alle anderen Fraktionen (CDU, SPD, FDP und AfD) stimmten dagegen. Die SPD-Fraktion ging damit auf Distanz zu den Genossinnen und Genossen im Marburger Stadtparlament, die für „200 nach Marburg!“ eingetreten waren. Die CDU geriet in Widerspruch zur schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung auf Landesebene. Darin hat die neue Landesregierung ein Hessisches Landes-Aufnahmeprogramm angekündigt. Sie will damit dem Beispiel anderer Länder folgen und besonders gefährdete Flüchtlinge zusätzlich aufnehmen. Der Kreistag hätte ein Zeichen setzen können, dass er dieses Programm unterstützt. Doch das Zeichen blieb aus.

Sind Ehrenamtliche mit der Flüchtlingshilfe überfordert?

Von Gegnern des Antrags wurde auch das Argument vorgebracht, die Flüchtlingsinitiativen in Marburg und im Landkreis seien ohnehin überfordert und hätten für die Aufnahme weiterer Menschen keine Kraft mehr. Das ist völlig aus der Luft gegriffen und mit den Ehrenamtlichen in keiner Weise abgeklärt worden. Ganz anders war die Initiative „200 nach Marburg!“ vorgegangen. Sie hat ihr Vorhaben ausführlich mit den Ehrenamtlichen in Stadt und Landkreis beraten. Dabei wurde deutlich, dass es für zusätzliche Flüchtlinge auch zusätzliche Anforderungen an Infrastruktur und hauptamtliche Unterstützung geben müsse. Insbesondere für Organisation und Preisgestaltung des ÖPNV, Verbesserung der Personalausstattung in der Sozialarbeit sowie die Gesundheitsversorgung bedarf es zusätzlicher Anstrengungen. Diese würden allerdings nicht nur Geflüchteten zugutekommen, sondern allen Bedürftigen nützen. Wenn sich freiwillige Helferinnen und Helfer gelegentlich überfordert fühlen, dann eher durch solche Defizite als durch zusätzliche Geflüchtete in unserer Region.

Nicht das letzte Wort!

Die Ablehnung einer begrüßenswerten Initiative durch den Kreistag darf nicht das letzte Wort in dieser Frage bleiben. Aktuell stehen zahlreiche noch nicht genehmigte Familienzusammenführungen auf der Tagesordnung. Geflüchtete hoffen gemeinsam mit ihren Helferinnen und Helfern auf Unterstützung.

Der Antrag der Linken wurde von Bernd Hannemann begründet, der Änderungsantrag der Grünen von Stephanie Theiss. Anträge und Begründungen werden im Folgenden dokumentiert.

Rede des Abgeordneten Bernd Hannemann (Die Linke)

Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender

Die Linke und das Bündnis 90 Die Grünen stellen heute Anträge, dass der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf den Kreisausschuss bittet, den Magistrat der Universitätsstadt Marburg aktiv dabei zu unterstützen, das Projekt „200 nach Marburg!“ zu verwirklichen.

Was viele nicht wissen ist, das sich die „Initiative 200 nach Marburg“ einsetzt, für „Marburg als Stadt der Zuflucht“. Die Initiative will ein kleines Zeichen setzen, ein Zeichen der Menschlichkeit in dieser gerade von Verrohung bedrohten Welt. Im Artikel 16a des Grundgesetzes heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Der Artikel 16 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sagt: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

Die Realität sieht dessen ungeachtet anders aus.

Über 2200 Flüchtlinge sind nach UN-Angaben im vergangenen Jahr im Mittelmeer ertrunken. Private Nicht-Regierungsorganisationen, die im Mittelmeer Leben retten, werden kriminalisiert und am Anlegen in Häfen, in Italien und zunächst auch in Malta gehindert.

In Griechenland und Italien sitzen tausende Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, in überfüllten Flüchtlingslagern fest. Dort fehlt es ihnen am Nötigsten: Sie leben in Zelten, ohne fließendes Wasser - ihre Zukunft ist ungewiss.

Es ist menschlich ein Skandal dem Schicksal der aus der Situation von Krieg, Hunger und Armut Geflohenen, tatenlos zuzusehen und sich aus der Verantwortung heraus zu reden. Wie kann es nicht gelingen 200 Geflüchtete, die unter inzwischen winterlichen Bedingungen auf griechischen Inseln die bspw. auf Lesbos oder Chios ausharren, in eine Stadt ziehen zu lassen, die ihre Bereitschaft der Aufnahme bekundet?

Durch zwei Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hat die Stadt Marburg ihre Bereitschaft erklärt, 200 Geflüchtete aufzunehmen. Seinerzeit stand das Camp in Cappel leer und hätte ausreichend Platz geboten, um Geflüchtete sofort aufzunehmen. Der Einsatz der Stadt Marburg und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und sonstige Unterstützer*innen garantieren nicht nur eine Willkommenskultur, sondern auch Hilfe für die Geflüchteten.

„Solange die Politik nicht in der Lage ist, den Menschen in ihren Heimatländern eine sichere, friedliche und auskömmliche Existenz zu sichern, solange ist es unangemessen, die Augen vor den Konsequenzen zu verschließen. Und solange ein Teil unseres Wohlstands an Armut und Unterdrückung in anderen Ländern hängt, solange ist das Schicksal von Menschen in Not auch unsere Verantwortung.“ stellt der Oberbürgermeister der Stadt Marburg Thomas Spies in einem Brief an den Innenminister Horst Seehofer fest.

Die Menschen, die über das Mittelmeer zu flüchten versuchten und glücklicherweise von einem Boot einer deutschen Hilfsorganisation gerettet wurden, tragen für ihre Situation nicht die geringste Schuld. Wir haben für sie eine Mitverantwortung. Die Verantwortung geht viel weiter, denn wenn wir uns nicht für die dritte Welt verantwortlich fühlen kommt sie zu uns.

An dieser Stelle zitiere ich den CDU-Politiker Norbert Blüm: „Wenn 500 Millionen Europäer keine fünf Millionen oder mehr verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen können, dann schließen wir am besten den Laden Europa wegen moralischer Insolvenz.“

Wenn, wie kürzlich aus der hiesigen Presse zu erfahren war, dass die Stadt immer wieder Anfragen von schwer Erkrankten oder Geflüchteten mit Behinderung erhält sie aufzunehmen, mit dem Hinweis der Nähe zum Universitätsklinikum, aber diesen Menschen nicht geholfen werden könne, da gegenwärtig kein geeigneter Wohnraum zur Verfügung stehe, dann wäre es aus Sicht meiner Fraktion geboten, dass der Kreis, der Stadt diesbezüglich beisteht und ihr Hilfe anbietet.

Insofern besteht ein kurzer Dienstweg zwischen der Landrätin und dem Oberbürgermeister der Stadt Marburg...!

Vom Landkreis angemietete Flüchtlingsunterkünfte stehen leer. In manchen Gemeinden veröden Dorfkerne infolge des demografischen Wandels. Selbstverständlich wäre an einigen Stellen mehr hauptamtliche Unterstützung notwendig. Insbesondere Sozialarbeiter*innen fehlen. Auch die Sachbearbeitungskapazität in wichtigen Behörden ist knapp bemessen und müsste dringend erweitert werden. Die Haushaltssituation ist aber günstig. Verbesserungen können derzeit eigentlich nicht am Geld scheitern.

Dem Ausgleich der Lebensverhältnisse von Stadt und Land sowie unter den Kommunen des Kreises insgesamt, fällt als fundamentale Aufgabe der Landrätin zu.

Egal ob jemand auf dem Land oder in der Stadt lebt, beide Entwürfe seien gleichwertig, beide seien gut, sagte die Landrätin beim Jahresempfang in der Hinterlandhalle. Und Fründt weiter: Die hessische Verfassung gibt dem Staat die Aufgabe, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Sorge zu tragen.

Sowohl auf Landes- als auch auf Kreisebene sind den Menschen in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum gleichwertige, attraktive Lebensverhältnisse zu bieten und dies ist auch in den jeweiligen Koalitionsverträgen festgehalten.

Vor allem dem schleichenden Prozess der Abwanderung, der im ländlichen Raum zu beobachten ist, soll entschieden entgegengetreten werden. Dazu sollen Arbeitsplätze in die ländlichen Räume verlagert, eine gute medizinische Betreuung und Versorgung sichergestellt, eine moderne Digitalinfrastruktur aufgebaut und Mobilität unabhängig vom eigenen Fahrzeug gewährleistet werden. Die Verfügbarkeit von elementaren Leistungen wie der Lebensmittelversorgung, Post- und Bankdienstleistungen und ein engmaschiges Netz von psychosozialen Hilfsangeboten gehören ebenfalls zu den gleichwertigen, attraktiven Lebensverhältnissen.

Die in der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung getroffene Festlegung weist eindrücklich auf unsere Verantwortung bezüglich geflüchteter Menschen hin, indem festgestellt wird, und nun Zitat: (s.S.28 der Koalitionsvereinbarung)

„Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und Förderung zur beruflichen Integration gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Asyl und der Flüchtlingsschutz in Hessen transparent und fair umgesetzt werden. Dabei wollen wir besonders zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.

Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für eine Gruppe Schutzsuchender mit hoher Vulnerabilität auflegen und orientieren uns hier an den Programmen anderer Bundesländer. Wir wollen das bestehende Übergangsmanagement so optimieren, dass es eine enge Verzahnung der Erstaufnahmeeinrichtungen und der kommunalen Strukturen, wie die WIR-Integrationszentren, sicherstellt.

Viele Geflüchtete und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf ein sicheres und gutes Leben zu uns – oft ohne bzw. unzureichende Kenntnisse und klare Vorstellungen über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land. Wir wollen deshalb aktiv diesen Gruppen unsere Demokratie und ihre Regeln näherbringen. Wir wollen diese Gruppen nicht nur informieren, sondern auch unterstützen, damit sie sich zukünftig in unserem Rechtssystem gut zurechtfinden.

Angebote zur Informationsgewinnung und Aufklärung wollen wir im schulischen Kontext bzw. in Integrationskursen oder in Form der bestehenden Rechtsstaatsklassen ausbauen. Wir werden weiterhin das ehrenamtliche Engagement von Freiwilligen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit stärken und Selbstvertretungsorganisationen von Migrantinnen und Migranten stärken.“ Zitat Ende.

Die vom Kreisausschuss dieser Tage vorgestellte Kampagne RESPEKT einzufordern gegen alle Mitmenschen, egal wo sie herkommen, wie sie aussehen, wen sie lieben, muss in diesem Zusammenhang auch und gerade für die 200 Menschen gelten, welche in die Stadt Marburg und wie wir hoffen auch in den Kreis Marburg-Biedenkopf kommen sollen.

Vor dem drastischen Rückgang der Flüchtlingszugänge in Hessen im vergangenen Jahr, von noch 1043 Flüchtlinge im Januar, auf lediglich 733 im Dezember und einer ausreichend gefüllten Kasse kann der Kreisausschuss nicht von finanziellen Risiken sprechen, oder gar von einer vollen Belegung der Unterkünfte...

Um den - im Ausschuss für Arbeit und Integration - vor noch nicht allzu langer Zeit bedauerten Zustand, des zunehmenden Leerstands der für fünf Jahre angemieteten Unterkünfte, hinsichtlich der geflüchteten Menschen zu begegnen, sollten wir die Vereinbarungen der Landesregierung und des Kreisausschusses ernst nehmen und der Verwirklichung eines Projektes „200 nach Marburg-Biedenkopf“ zum Erfolg verhelfen.

Angesichts der Tatsache, dass der Antrag meiner Fraktion zielführend ist, bitte ich um ihre Zustimmung...

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit...



TOP: 8

DIE LINKE - DIE LINKE -

Lfd.Nr. 293/2019 KT

Antrag zur Kreistagssitzung am 15. Februar 2019**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend »Projekt „200 nach Marburg!“ unterstützen«****Beschluss:**

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf bittet den Kreisausschuss, den Magistrat der Universitätsstadt Marburg - mit allen dem Kreisausschuss zur Verfügung stehenden Mitteln - aktiv dabei zu unterstützen, das Projekt „200 nach Marburg!“ zu verwirklichen.

Begründung:

„200 nach Marburg!“ - das ist zugleich Name und Programm einer Marburger Initiative, die sich für die Aufnahme Geflüchteter in unserer Region einsetzt. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg und große Teile der Zivilgesellschaft unterstützen das Projekt. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Marburg steht dem Projekt derzeit als großes Hindernis entgegen. Im Segment „Bezahlbarer Wohnraum“ übersteigt die Nachfrage das Angebot so stark, dass das Projekt „200 nach Marburg“ realistisch gesehen nur mit Unterstützung aus dem Landkreis verwirklicht werden kann. Flüchtlingsinitiativen im Landkreis haben Knowhow und Ressourcen genug, um es umzusetzen. Vom Landkreis angemietete Flüchtlingsunterkünfte stehen leer. In manchen Gemeinden veröden Dorfkern infolge des demografischen Wandels.

Sowohl die schwarz-grüne Koalition auf Landesebene als auch die rot-schwarze Koalition auf Kreisebene haben sich auf die Fahnen geschrieben, den Menschen in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum gleichwertige, attraktive Lebensverhältnisse zu bieten und dies in ihren Koalitionsverträgen festgehalten. Vor allem dem schleichenden Prozess der Abwanderung, der im ländlichen Raum zu beobachten ist, soll entschieden entgegengetreten werden. Dazu sollen Arbeitsplätze in die ländlichen Räume verlagert, eine gute medizinische Betreuung und Versorgung sichergestellt, eine moderne Digitalinfrastruktur aufgebaut und Mobilität unabhängig vom eigenen Fahrzeug gewährleistet werden. Die Verfügbarkeit von elementaren Leistungen wie der Lebensmittelversorgung, Post- und Bankdienstleistungen und ein engmaschiges Netz von psychosozialen Hilfsangeboten gehören ebenfalls zu den gleichwertigen, attraktiven Lebensverhältnissen.

Wenn Landesregierung und Kreisausschuss ihre jeweiligen Koalitionsvereinbarungen ernst nehmen, müssen sie in den angesprochenen Bereichen sowohl in die materielle Infrastruktur als auch in die Personalausstattung kräftig investieren. Und unter diesen Voraussetzungen sollte der Verwirklichung des Projektes „200 nach Marburg“ nichts mehr im Wege stehen.

Zumal auf Landesebene vereinbart wurde:

„Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und Förderung zur beruflichen Integration gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Asyl und der Flüchtlingsschutz in Hessen transparent und fair umgesetzt werden. Dabei wollen wir besonders zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.

Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für eine Gruppe Schutzsuchender mit hoher Vulnerabilität auflegen und orientieren uns hier an den Programmen anderer Bundesländer. Wir wollen das bestehende Übergangsmanagement so optimieren, dass es eine enge Verzahnung der Erstaufnahmeeinrichtungen und der kommunalen Strukturen, wie die WIR-Integrationszentren, sicherstellt.

Viele Geflüchtete und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf ein sicheres und gutes Leben zu uns – oft ohne bzw. unzureichende Kenntnisse und klare Vorstellungen über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land. Wir wollen deshalb aktiv diesen Gruppen unsere Demokratie und ihre Regeln näherbringen. Wir wollen diese Gruppen nicht nur informieren, sondern auch unterstützen, damit sie sich zukünftig in unserem Rechtssystem gut zurechtfinden.

Angebote zur Informationsgewinnung und Aufklärung wollen wir im schulischen Kontext bzw. in Integrationskursen oder in Form der bestehenden Rechtsstaatsklassen ausbauen. Wir werden weiterhin das ehrenamtliche Engagement von Freiwilligen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit stärken und Selbstvertretungsorganisationen von Migrantinnen und Migranten stärken.“

Der Kreistag sollte die Landesregierung und den Kreisausschuss daher beim Wort nehmen und die Umsetzung dieser Vorhaben bei der Umsetzung des Projektes „200 nach Marburg!“ einfordern.

Gez.
Anna Hofmann
Christian Bubel
Dr. Ingeborg Cernaj
Bernd Hannemann
Martin Krieger

TOP:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE -

Lfd.Nr.

Änderungsantrag zur Kreistagssitzung am 15.02.2019

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Projekt „200 nach Marburg!“ unterstützen, Miteinanderkultur stärken“

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag erkennt die Arbeit der zahlreichen Ehrenamtlichen im Bereich der Geflüchtetenhilfe an und dankt ihnen für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre Hilfsbereitschaft.

Ferner sieht der Kreistag die Entwicklung der Miteinanderkultur im Landkreis Marburg-Biedenkopf positiv und nimmt zur Kenntnis, dass die Aufnahmebereitschaft, gerade im Bereich jener, die ehrenamtlich in diversen Vereinen und Initiativen der Geflüchtetenhilfe aktiv sind, weiterhin präsent ist.

Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, den Magistrat der Universitätsstadt Marburg mit allen dem Kreisausschuss zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv dabei zu unterstützen, das Projekt „200 nach Marburg!“ zu verwirklichen.

Nicht zuletzt deswegen appelliert der Kreistag an die hessische Landesregierung – und bittet den Kreisausschuss selbiges zu tun – zeitnah ein landeseigenes Landesaufnahmeprogramm, nach § 23 Abs. 1 AufenthG, zu realisieren.

Begründung:

„200 nach Marburg!“ - das ist zugleich Name und Programm einer Marburger Initiative, die sich seit 2016 für die Aufnahme Geflüchteter in unserer Region einsetzt. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg und große Teile der Zivilgesellschaft sowie ein Breites Bündnis der Geflüchteteninitiativen unterstützen das Projekt. Hier gilt es nochmal den ehrenamtlichen Tätigen besonderen Dank für die erbrachte Arbeit auszusprechen.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Marburg steht dem Projekt derzeit als großes Hindernis entgegen. Im Segment „Bezahlbarer Wohnraum“ übersteigt die Nachfrage das Angebot so stark, dass das Projekt „200 nach Marburg!“ realistisch gesehen nur mit Unterstützung aus dem Landkreis verwirklicht werden kann. Viele Geflüchteteninitiativen im Landkreis haben das nötige Know-How, um mit Unterstützung der Stadt Marburg und des Landkreises und seiner Kommunen, das Projekt „200 nach Marburg!“ umzusetzen und die Miteinanderkultur zu stärken.

Menschenrechte und gelebte Humanität – der Europäische Gedanke – sollten im Mittelpunkt unser aller politischen Handelns stehen. Daher ist es das mindeste, was der Kreistag und der Kreisausschuss tun kann, an die hessische Landesregierung zu appellieren zeitnah ein landeseigenes Landesaufnahmeprogramm zu realisieren. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag der Schwarz-Grünen Regierung: „Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für eine Gruppe

Schutzsuchender mit hoher Vulnerabilität auflegen und orientieren uns hier an den Programmen anderer Bundesländer“ (Koalitionsvertrag, Z. 1184-1185).

Der Kreistag sollte die Landesregierung und den Kreisausschuss daher beim Wort nehmen, die Miteinkultur stärken, das Ehrenamt wertschätzen und wenigstens durch einen Appell die rechtlichen Rahmenbedingungen vorantreiben, damit das Projekt „200 nach Marburg!“ Realität werden kann!

gez.: Stephanie Theiss
B'90/DIE GRÜNEN

Rede der Abgeordneten Stephanie Theiss (Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

wir -- , die wir hier im Landkreis Marburg-Biedenkopf leben, die wir hier im Kreistag sitzen und die Menschen im Landkreis vertreten, uns geht es vergleichsweise gut. Unsere Gesellschaft lebt in Wohlstand und Frieden. Als Kreistag können wir zwar keine Gesetze beschließen und wir können auch nicht unmittelbar zur Lösung globaler Konflikte beitragen, aber wir können und sollten helfen, wo immer es uns möglich ist.

Mit dem vorliegenden Antrag bietet sich uns die Möglichkeit, genau das zu tun. -- Wir können dazu beitragen, schutzsuchenden Menschen in unserer Mitte einen sicheren Hafen zu bieten, - fernab von Erniedrigung, Gewalt, Krieg und Tod. Insbesondere Frauen und Kinder – vor allem ohne männliche Angehörige – sind in Kriegsgebieten einem unsäglichen Leid ausgesetzt, das sich hier vermutlich nur die Wenigsten vorstellen können. Wer sich diesem Leid durch Flucht entziehen kann, findet in überfüllten Lagern und Unterkünften selten das sichere Umfeld und die Betreuungsmöglichkeiten, wie sie nach derartigen traumatischen Erlebnissen notwendig sind. --

Die Initiative „200 nach Marburg“ hat es sich daher seit 2016 zur Aufgabe gemacht, sich für die Aufnahme Geflüchteter in unserer Region einzusetzen. Das Projekt wird von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg, großen Teilen der Zivilgesellschaft sowie einem breiten Bündnis verschiedener Geflüchteteninitiativen unterstützt. Für dieses unermüdliche Engagement und den erbrachten Leistungen ist den ehrenamtlich Tätigen ein besonderer Dank auszusprechen!

Allerdings bestehen dabei gewisse Hürden. So ist etwa bezahlbarer Wohnraum in Marburg selbst knapp. Realistisch gesehen kann das Projekt „200“ daher nur mit Unterstützung des Landkreises umgesetzt werden. Daher ist es erforderlich, in Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen, der Universitätsstadt Marburg sowie den Geflüchteteninitiativen geeignete Lösungen zu finden.

Ein weiterer hilfreicher Schritt besteht in einem Appell an die Hessische Landesregierung, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im aktuellen Koalitionsvertrag der Schwarz-Grünen Regierung heißt es: „Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für eine Gruppe Schutzsuchender mit hoher Vulnerabilität auflegen und orientieren uns hier an den Programmen anderer Bundesländer“ (Koalitionsvertrag, Z. 1184-1185).“ Kreistag und Kreisausschuss sollten daher die Chance ergreifen und an die hessische Landesregierung appellieren, zeitnah ein eigenes Landesaufnahmeprogramm zu realisieren! --

Meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen daher abschließend sagen: Sie haben es heute in der Hand! -- Setzen Sie ein Zeichen für den Europäischen Gedanken, für Menschenrechte und gelebte Humanität! Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen, mit der Stärkung der Miteinkultur und der Wertschätzung des Ehrenamtes in unserem Landkreis! Lassen Sie uns gemeinsam das uns Mögliche tun, damit das Projekt „200 nach Marburg“ ein Erfolg wird!

Ich bitte Sie daher: Stimmen Sie für diesen Antrag! Vielen Dank!